

## Medienmitteilung vom 26.09.24: Le Congo n'est pas à vendre **Schweiz profitiert von Korruption im Ausland – Kongolesische Koalition fordert Rückzahlung**

**Eine [Koalition zivilgesellschaftlicher Organisationen aus der Demokratischen Republik Kongo \(DRK\)](#) fordert von der Bundesversammlung, die von Glencore erhaltene Entschädigung von 150 Millionen Franken an die Geschädigten in der DRK zurückzuerstatten. Denn im Moment gehen die Ersatzforderungen, welche Glencore aufgrund des Urteils der Schweizer Bundesanwaltschaft wegen korrupter Minengeschäfte bezahlen muss, in vollem Umfang an die Schweiz anstatt an die Leidtragenden in der kongolesischen Bevölkerung.**

Durch die Bestechung ausländischer Amtsträger konnte Glencore kongolesische Kupfer- und Kobaltminen für einen Bruchteil ihres tatsächlichen Marktwerts kaufen ([Public Eye berichtete](#)). Dadurch entgingen der DRK 3.71 Milliarden US-Dollar, schätzt die Koalition Le Congo n'est pas à vendre (CNPAV) in einem [Bericht](#). Auch wenn es als Erfolg gesehen werden kann, dass Glencore endlich zur Verantwortung gezogen wird, bleibt doch die zentrale Frage unbeantwortet: Warum fliessen die Ersatzzahlungen in die Schweiz, anstatt den Geschädigten in der kongolesischen Bevölkerung zugutezukommen?

In einer Deklaration fordert die Koalition deshalb, dass die Schweiz die Ersatzzahlungen dorthin leitet, wo Schaden angerichtet wurde. „Die Entscheidung der Schweizer Justiz ist zwar begrüssenswert, aber es ist unbegreiflich, dass ein Land wie die Schweiz eine Entschädigung für Wirtschaftsverbrechen erhalten wird, die in der Demokratischen Republik Kongo begangen wurden, ohne davon betroffen gewesen zu sein - im Gegensatz zur kongolesischen Bevölkerung, die die wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu tragen hat,“ so Freddy Kasongo, ein Vertreter der Koalition CNPAV und Exekutivsekretär von OEARSE (Observatoire d'Etudes et d'Appui à la Responsabilité Sociale et Environnementale). Die Geldsumme sollte stattdessen den von den Bergbauprojekten in der DRK betroffenen Gemeinden zugutekommen und in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur investiert werden.

MultiWatch unterstützt die Forderungen der Koalition CNPAV. Diese appelliert an die Schweizer Öffentlichkeit, dieses Thema nicht zu ignorieren. Es ist höchste Zeit, dass auch in der Schweiz Lösungen gefunden werden, damit Ersatzzahlungen dieser Art den Betroffenen zugutekommen. Die Schweizer Staatskasse darf nicht von der Korruption in anderen Ländern profitieren.

### **Medienkontakte Koalition CNPAV**

Jean Claude Mputu (Belgien), Freddy Kasongo (DR Kongo), Donat Kambola (DR Kongo)

### **MultiWatch Medienkontakt**

Sarah Rajuai